

Newsletter: NRW gegen Diskriminierung

Vorwort

Der Newsletter der Servicestellen informiert regelmäßig über die Arbeit der Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit, weist auf Veranstaltungen im Themenfeld hin und empfiehlt Literatur für die Arbeit gegen Diskriminierung. Er richtet sich an PraktikerInnen in der Integrations- und Antirassismusarbeit. Wie gewohnt können die im Text gekennzeichneten Links durch Anklicken in diesem PDF-Dokument direkt aufgerufen werden. Im Folgenden nun die zweite Ausgabe des Newsletters für das Jahr 2011 mit dem nochmaligen Hinweis, dass es allen Integrationsagenturen offensteht, Artikel zu ihrer Arbeit im Bereich Antidiskriminierungsarbeit einzureichen. Für eine diesbezügliche Planung schon einmal die Termine für 2012:

Redaktionsschluss Newsletter I/2012 12.03.2012

Redaktionsschluss Newsletter II/2012 31.07.2012

Eine anregende Lektüre und ein erfolgreiches Jahr 2012 wünschen Ihnen

die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit

Gleichbehandlungsbüro (GBB) Aachen

Mail: paez.ac@t-online.de
www.gleichbehandlungsbuero.de
0241 4017778

Planerladen e.V.

Integrationsprojekt im Wohnbereich
Mail: integration@planerladen.de
www.integrationsprojekt.net
0231 8820700

Antidiskriminierungsbüro Siegen

Mail: guel.ditsch@vaks.info
www.mediathek-gegen-rassismus.de
0271 23418869

AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln

Mail: info@oegg.de
www.oegg.de
0221 96476300

Anti-Rassismus Informations-Centrum

ARIC-NRW e.V.
Mail: info@aric-nrw.de
www.aric-nrw.de
0203 284873

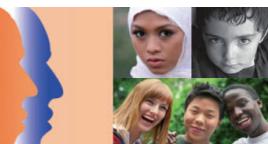


Vielfalt ist unsere Stärke.

Gefördert vom

**Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen**





Aus der Arbeit der Servicestellen:

Beratung

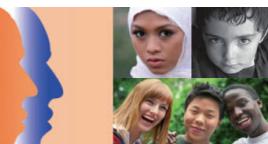
- Die Beratungspraxis des **AntiDiskriminierungsBüros Köln** zeigt, Eltern mit Zuwanderungsgeschichte fühlen sich hinsichtlich der Einweisung ihrer Kinder in die Förderschule diskriminiert. Im Interview mit Frau Sanata Nacro, Mitarbeiterin des ADB Köln, skizziert die Vorsitzende des Elternvereins Mittendrin e. V., Frau Eva-Maria Thoms, die **Formen der institutionellen Diskriminierung am Beispiel der Förderschule** (Seite 7).

Bildungsarbeit

- Im Rahmen des *Lokalen Aktionsplans Duisburg* führt **ARIC-NRW e.V.** unter dem Motto „**(Stereo)typisch Duisburg?!**“ ein Antidiskriminierungs- und Medientraining für Jugendliche durch, in dem sich Jugendliche und junge Erwachsene mit der negativen medialen Darstellung ihrer sozialen und ethnischen Herkunft auseinandersetzen (Seite 14).

Sensibilisierungsarbeit/Aufdecken von Diskriminierungsfeldern/Öffentlichkeitsarbeit

- Das **AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln** berichtet über die Fachtagung „**Alltägliche Diskriminierung und seelische Gesundheit**“ und Rassismus als Stressfaktor, der krank macht. Ein Forschungsgebiet auf dem akuter Handlungsbedarf besteht, um Genaueres über die Auswirkungen (rassistischer) Diskriminierungserfahrungen auf Körper und Seele Betroffener aussagen zu können (Seite 11).
- Ferner verweist **das ADB Köln** in dem Bericht zur Kampagne gegen Diskriminierung beim Zugang zu Freizeitangeboten „**Du kommst hier nicht rein!**“ auf eine Aktion des Büros zur Umsetzung von Gleichbehandlung, mit der langfristig geeignete Klagen bei Gerichten in Deutschland angestrebt werden (Seite 13).
- Mit der Auswertung der über die Internetseite **www.diskriminierung-melden.de** im Zeitraum von August 2010 bis Oktober 2011 berichteten Diskriminierungsfälle zeigt **ARIC-NRW e.V.** deutlich auf, dass Diskriminierung am Arbeitsplatz bzw. auf dem Arbeitsmarkt für Menschen mit Migrationshintergrund ein beherrschendes Thema ist. Hier besteht dringender Handlungsbedarf (Seite 17).
- Das Konzept der **Sprach- und IntegrationsmittlerInnen** des **GBB Aachen** bildete die Grundlage des Sprach- und IntegrationsmittlerInnen Pools in der Stadt Aachen. Es zeigt, wie wichtig die individuelle Antidiskriminierungsberatung ist, um strukturelle Diskriminierung(sfelder) offenzulegen (Seite 20).
- In der **Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung** berichteten zwei starke Frauen über ihren Kampf gegen Rassismus. Die Filmemacherin Mo Asumang zeigte ihren Film „**Roots Germania**“, Frau Dr. Saliha Scheinhardt las aus ihrem Buch „**Wahnliebe – 40 Jahre Frau sein und fremd in Deutschland**“ (Seite 22/23).

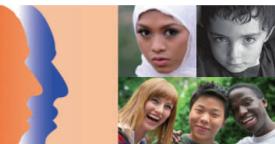


Sensibilisierungsarbeit/Aufdecken von Diskriminierungsfeldern/Öffentlichkeitsarbeit

- Mit dem erfolgreichen Start des Bürgerforums „**Nord trifft Süd**“ möchten die Auslands- gesellschaft NRW e.V. und der **Planerladen e.V.** die Kultur des Zusammenlebens in Dortmund und seinen Stadtteilen sichtbar machen bzw. initiieren (Seite 24).
- Mit seiner Veranstaltung „**Dortmund – Plowdiw: Über die Lebenssituation der Roma diskutiert**“ tritt der **Planerladen e.V.** der pauschalen Vorverurteilung und Stereotypisierung von Sinti und Roma als Kriminelle entgegen (Seite 25).
- Mit der Aktion „**Zu Wort gekommen**“ – bietet der **Planerladen e.V.** Menschen aus Stolipinowo die Möglichkeit, im Rahmen der Filmvorführung „Im Ghetto – Die Roma von Stolipinowo“ selbst zu Wort zu kommen (Seite 27).
- Teilnehmer der **Planerladen-Aktion „Wir sind Dortmund. Nazis sind es nicht.“** beteiligten sich am Protest gegen Neonazis am 3. September 2011 in Dortmund (Seite 29).

Forum Antidiskriminierung für Integrationsagenturen

- Auf der Internetseite **NRWgegenDiskriminierung.de** bieten die Servicestellen ein interaktives Forum, exklusiv für die Integrationsagenturen. In einem geschützten Bereich können sich die Integrationsfachkräfte über geplante Antidiskriminierungsaktivitäten und Fachfragen austauschen sowie Kooperationen suchen. Die Zugangsdaten zu diesem [Forum](#) erhalten Sie bei Ihren KoordinatorInnen.



Veranstaltungen:

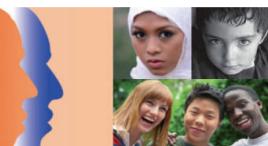
- 1. Fortbildungsangebot der Servicestellen für AD-Arbeit für die Migrationsfachdienste zum Thema
**„Neue Wege in der präventiven Antidiskriminierungsarbeit:
Trainings in den Grundschulen, für die Stärkung der interkulturellen Kompetenz -
,MITEINANDER LERNEN MITEINANDER LEBEN“**
am 20.12.2011 bei BFMF, Liebigstr. 120 in Köln von 15h - 17.30h.

Für nähere Informationen:

Frau Gül Ditsch
Mediathek gegen Rassismus / Antidiskriminierungsbüro (VAKS Siegen)
Kölner Straße 11
57072 Siegen
Tel.: 0271 - 2 50 13 83
Fax.: 0271 - 2 50 13 85
www.mediathek-gegen-rassismus.de

Literatur/Publikationen:

- Staubach, Reiner (2010): „Integrationsstadtteile“ – in den Städten übernehmen meist bestimmte Stadtteile und Quartiere die Aufgabe der Integration von Migranten. In: Fachausschuss Haushalt und Wohnen der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. - dgh (Hrsg.): Wohnen – Facetten des Alltags. Schneider Verlag Hohengehren, Baltmannsweiler, S. 136-148



Empfehlungen der Mediathek gegen Rassismus Siegen (I/II)

(Die Titel können unter www.mediathek-siegen.de ausgeliehen werden;
durch die Kombination – drücken der Taste **STRG** und **klicken** auf den Hyperlink (ID: 12345) –
erhalten Sie weitere Informationen zum Inhalt des jeweiligen Mediums.)

Bahners, Patrick (2011)

Die Panikmacher – Die deutsche Angst vor dem Islam – Eine Streitschrift

Medienart: Buch, [ID: 07376](#)

Blaschke, Ronny (2011)

Angriffe von Rechtsaußen – wie Neonazis den Fußball missbrauchen

Medienart: Buch, [ID: 07404](#)

Elverich, Gabi (2011)

Demokratische Schulentwicklung –

Potenzziale und Grenzen einer Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus

Medienart: Buch, [ID: 07405](#)

Hentges, Gudrun; Lösch, Bettina (Hg.) (2011)

Die Vermessung der sozialen Welt – Neoliberalismus – extreme Rechte –

Migration im Fokus der Debatte

Medienart: Buch, [ID: 07432](#)

IDA NRW – Zeitschrift des Informations und Dokumentationsarbeit in NRW (1/2011)

Schwerpunkt: Rassismus – Subjekt – Subjektivierung – Rassismus bildet.

Zur Konstruktion der Anderen als Andere – Auswirkung von rassistischen

Diskriminierungserfahrungen auf die Gesundheit und auf Prozesse der Subjektivierung

Medienart: Broschüre/Zeitschrift, [ID: 07354](#)

Medienprojekt Wuppertal (2010)

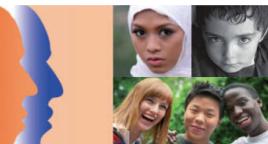
Jugendliche und Rechtsextremismus

Medienart: Film/DVD, [ID: 07344](#)

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche (2011)

Ich will's wissen! – Alle Kinder brauchen Bildung

Medienart: Broschüre/Zeitschrift, [ID: 07406](#)



Empfehlungen der Mediathek gegen Rassismus Siegen (II/II)

Oppong, Marvin (Hg.) (2011)
Migranten in der deutschen Politik
Medienart: Buch, [ID: 07433](#)

Schneider, Heike (2011)
Schlüpf doch mal in meine Haut –
Acht Gespräche über Alltagsrassismus in Deutschland
Medienart: Buch, [ID: 07379](#)

Senocak, Zafer (2011)
Deutschsein – Eine Aufklärungsschrift
Medienart: Buch, [ID: 07337](#)

Teller, Janne (2011)
Krieg – Stell dir vor, er wäre hier
Medienart: Buch, [ID: 07388](#)

Teller, Janne (2011)
Krieg – Stell dir vor, er wäre hier
Medienart: CD, [ID: 07389](#)

Impressum:

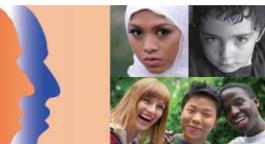
Texte und Herausgeber: Integrationsagenturen, Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit

Redaktion und Layout: ARIC-NRW e. V.

Kontakt: newsletter@NRWgegenDiskriminierung.de

© 2011

Bildrechte: Fotos in der Kopfzeile © Bildagentur Fotolia (Franz Pflügel, Olivier Le Moal, Miroslav)



Formen der institutionellen Diskriminierung am Beispiel der Förderschule

Interview geführt von Sanata Nacro (Mitarbeiterin der AntiDiskriminierungsBüro Köln) mit der Vorsitzenden des Elternvereins Mittendrin e. V. Eva-Maria Thoms (gekürzte Fassung).

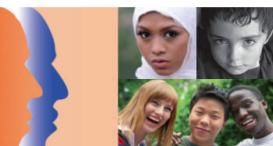
Seit dem vergangenen Jahr ist die Zahl der Förderschulkinder um 400 angestiegen, so der Kölner Stadtanzeiger in der Ausgabe des 07.09.2011, und das, obwohl die Stadt Köln sich auf die Fahnen geschrieben hatte, die Zahl der in Förderschulen beschulten Kinder zu verringern. Hinter dieser Zahl stehen oftmals zahlreiche besorgte Eltern, die die (Zwangs-)Einweisung ihrer Kinder in die Förderschule nicht nachvollziehen können. Sie versuchen sich dagegen zu wehren und suchen deshalb entsprechende Anlauf- und Beratungsstellen auf. Zu diesen Beratungsstellen gehören u. a. die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit, die im Rahmen ihrer Arbeit immer wieder feststellen, dass sich die Kommunikation zwischen Schule und Eltern bestenfalls durch fehlende Transparenz und mangelnde Kooperation auszeichnet.

Im Rahmen des Arbeitskreis zum Thema „Förderschuleinweisungen“, der aus dem Forum gegen Rassismus und Diskriminierung hervorgegangen ist, sprach Sanata Nacro mit Eva-Maria Thoms, der Vorsitzenden des Elternvereins Mittendrin e.V., der 2006 gegründet wurde, und zwar, so Thoms „aus genau der Erfahrung der Hilflosigkeit und des Ärgers darüber, dass unsere Kinder völlig über unsere Köpfe hinweg per Verwaltungsverfahren aus den Schulen wegsortiert werden.“

Sanata Nacro: Mein erste Frage bezieht sich darauf, dass das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Bedarfs von den betroffenen Eltern häufig als diskriminierend erlebt wird. Gibt es unter Einbezug dieses Kontextes einen oder mehrere klassische Verläufe?

Eva-Maria Thoms: Ja, es gibt mehrere klassische Verläufe. Da sind zum einen die Kinder, die eine medizinisch diagnostizierte Behinderung haben. Diese Kinder werden meistens schon vor der Einschulung aussortiert und auch ihre Eltern sind häufig so geprägt, dass von Geburt an davon ausgegangen wird, dass so ein Kind nicht auf eine „normale“ Schule geht, sondern auf eine Förderschule. Hier sehen wir das Problem vor allem darin, dass die Eltern in keiner Weise informiert sind, dass es Alternativen gibt und vor allen Dingen auch nicht darüber informiert sind, was die Folgen einer Sonderbeschulung sind. Förderschulen erscheinen Eltern oft zunächst nötig für ihr Kind, weil es dort kleinere Klassen und spezialisierte Lehrer gibt und sie zu Recht davon ausgehen, dass ihr Kind in einer normalen Regelschule nach heutigem Standard nicht genug gefördert wird. Der große Nachteil der Förderschulen ist aber die Ausgrenzung aus der ganz normalen Kindergesellschaft. Und die eben oft nur eingeschränkte oder gar nicht vorhandene Möglichkeit einen berufsqualifizierenden Bildungsabschluss zu machen.

Der andere typische Verlauf sind Kinder, die normal eingeschult werden und im Verlaufe der ersten Schuljahre Probleme bekommen. Der Lehrer kommt dann zu dem Schluss, dass er sich nicht genug kümmern kann und das Kind auf einer Förderschule besser aufgehoben sei. Und da gibt es ganz unterschiedliche Indikatoren, die einen Lehrer zu dieser Meinung bringen. Der eine Indikator ist, dass das Kind nicht mitkommt, weil es nicht versteht, der zweite ist, dass das Kind nicht mitkommt, weil es sozial auffällig ist.



Dann gibt es Fälle, in denen ein auch bei Lehrern vorkommender Alltagsrassismus eine Rolle spielt. Das auffällige Verhalten wird einer bestimmten Herkunft zugeschrieben. Im Ergebnis, wenn Schulen sich überfordert fühlen, leiten sie oft das Verfahren ein, um einen sonderpädagogischen Förderbedarf festzustellen. Dann wird nicht das Nichtzurechtkommen des Kindes in der Schule zum Anlass genommen, die Schule zu verbessern – wobei man natürlich im Blick haben muss, dass die Ressourcen unserer Schulen sehr begrenzt sind –, sondern es wird das Defizit als persönliches Problem des Kindes gesehen. Also im Prinzip wird eine Schulschwierigkeit pathologisiert. Danach geht das Ganze seinen Lauf. Es werden Gutachten geschrieben und am Ende gibt es im Schulamt einen Schulrat, der die Entscheidung trifft, wo das Kind zur Schule zu gehen hat.

Sanata Nacro: Haben Sie denn erlebt, dass Eltern mit Zuwanderungsgeschichte zu Ihnen in die Beratung kommen und ihre Beteiligungsmöglichkeiten als unzureichend und die Art und Weise, wie ihnen von Seiten der Schule gegenübergetreten wird, als diskriminierend bzw. ausgrenzend beschrieben haben?

Eva-Maria Thoms: Was Eltern denken, spielt in diesem ganzen Verfahren eine sehr untergeordnete Rolle. Das gilt für Eltern mit Zuwanderungsgeschichte genauso wie für andere Eltern. Das Verfahren kann ja auch ohne Zustimmung der Eltern durchgeführt werden. Viele Eltern, die plötzlich damit konfrontiert werden, dass ihr Kind eine Lernschwäche haben soll, bestreiten dies erst einmal. Sie sehen ihr Kind eher als benachteiligt an oder halten den Unterricht für nicht gut. Nicht selten haben sie Recht damit. Wobei wir aus unserer Erfahrung sagen können: auch wenn die Ursachen gar nicht beim Kind liegen, im Ergebnis haben viele dieser Kinder natürlich Probleme zu lernen. Das heißt, sie brauchen eine besondere Förderung. Aber dafür müssen sie unserer Meinung nach nicht die Schule wechseln und man muss ihnen auch kein Etikett ankleben wie „behindert“ oder „sonderpädagogischer Förderbedarf“. Wir treten für das Recht jedes Kindes ein, unabhängig von seinen Voraussetzungen mit allen anderen Kindern gemeinsam zur Schule zu gehen und dort gefördert zu werden. Wir lehnen auch für alle Kinder die Etikettierung ab, weil sie letztlich diskriminierend ist. Ganz abgesehen davon sind alle Definitionen, was eine Behinderung ist und was normal, letztlich willkürlich. Die Kategorie Lernbehinderung zum Beispiel gibt es in anderen europäischen Ländern gar nicht. Wir möchten, dass alle Kinder unabhängig von ihren Voraussetzungen und unabhängig von ihrer Herkunft als Individuen behandelt und als solche gefördert werden.

Sanata Nacro: Sie haben den Aspekt des Alltagsrassismus benannt. Inwieweit ist das denn tatsächlich ein Faktor bei der Einleitung des Verfahrens bzw. bei der Einschätzung der Kinder?

Eva-Maria Thoms: Es gibt eine statistische Ebene, und es gibt eine Ebene von Beobachtungen. Wenn Sie in bestimmte Förderschulen hineingehen, dann haben Sie gefühlt einen unglaublich hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund. Wenn Sie sich die Statistik ansehen – es gibt gerade ein neues Gutachten auf Landesebene –, dann ist die Gefahr in eine Förderschule zu kommen für Kinder mit Migrationshintergrund offenbar sogar niedriger als für Kinder ohne Migrationshintergrund. Das hat mich sehr erstaunt, weil es meinen Beobachtungen nicht entspricht.



Sanata Nacro: Sie haben gesagt, dass bei Kindern häufig Lernschwierigkeiten diagnostiziert werden. Dyskalkulie und Legasthenie sind z. B. Befunde, die häufig angeführt werden.

Eva-Maria Thoms: Dyskalkulie und Legasthenie sind keine Gründe für eine Zuweisung zur Förderschule. Solche sogenannten Teilleistungsstörungen müssen in der Regelschule berücksichtigt werden und dazu gibt es auch die entsprechenden rechtlichen Regelungen. Also weder Legasthenie noch Dyskalkulie sind allein ein Grund für einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Wenn von Lernschwierigkeiten die Rede ist, dann steht dahinter z. B., dass das Kind sich nicht konzentrieren kann, dass es deutlich langsamer lernt und bestimmte Dinge gar nicht zu erfassen scheint.

Bei anderssprachigen Kindern kann der Grund darin liegen, dass sie die Aufgabenstellung nicht richtig verstehen. Da wird etwa eine Unterrichtsreihe angefangen und es geht in einer Geschichte um einen Spatz, der sich aufplustert. Ein Kind, das aus einer anderen Sprache kommt, weiß nicht was ein Spatz ist, zumal wir den hier in Köln in den meisten Vierteln gar nicht mehr haben. Und mit Aufplustern können sie schon mal gar nichts anfangen. Wenn in dem Moment die Lehrerin nicht merkt, dass das Kind nichts verstanden hat, steigt das Kind quasi in der ersten Stunde aus der Unterrichtseinheit aus und wird den ganzen Rest nicht mehr mitmachen können. Es geht unter Umständen in die innere Emigration, fängt an Blödsinn zu machen. Schon hat man das Problem.

Dann gibt es natürlich Kinder, die sozial auffällig sind, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Diese soziale Auffälligkeit kann aber auch erst in Interaktion mit dem Lehrer oder mit dem Rest der Klasse entstanden sein. Vielleicht sind Mitschüler oder Lehrer dem Schüler diskriminierend entgegengetreten und er reagiert mit Verhaltensauffälligkeiten. Das müsste man erst einmal im Einzelfall untersuchen.

Sanata Nacro: Welche Rolle spielt denn bei der Zuweisung der Migrationshintergrund der Eltern bzw. der Kinder und welche Rolle spielt der sozioökonomische Hintergrund?

Eva-Maria Thoms: Wir wissen, dass Kindern aus Migrantengesellschaften generell weniger zugetraut wird in Sachen Bildung, oft auch in der vorausseilenden Vermutung, die Eltern könnten sich ja nicht so gut kümmern. Da unser Schulsystem aber auf die Eltern als Hilfslehrer setzt, werden Kinder mit Zuwanderungsgeschichte zum Beispiel eher nicht aufs Gymnasium empfohlen. Das gilt aber für die Kevins und Jessicas genauso.

Sanata Nacro: Welche Strategien gegen die Wirkungen institutioneller Diskriminierung gibt es denn aktuell? Und welche halten Sie für sinnvoll?

Eva-Maria Thoms: Wir setzen uns seit 5 Jahren für einen Rechtsanspruch auf Integration ein. Das heißt, dass Sonderschulzuweisungen gegen den Willen der Eltern nicht mehr möglich sein dürfen.

Sanata Nacro: Sie stützen sich da auf die UN-Konventionen?

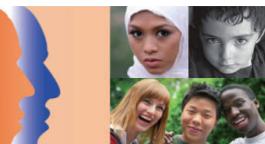
Eva-Maria Thoms: Ja, genau. Und die UN-Behindertenrechtskonvention ist keine Spezialkonvention, in der Sonderrechte für Behinderte postuliert würden, sondern es ist die Anwendung der UN-Menschenrechtserklärung auf Menschen mit Behinderung.



Und deswegen ist es interessant und sehr erfreulich, dass im Zusammenhang mit der UN-Behindertenrechtskonvention jetzt auch andere strukturelle Diskriminierungen im Schulwesen mitdiskutiert werden. Unsere Schulen müssen sich ändern. Sie dürfen nicht mehr die passenden Schüler aussuchen, sondern sie müssen sich selbst für jeden Schüler passend machen, der zu ihnen kommt. Des Weiteren geht es natürlich um die Frage, bekommen wir die angemessene Förderung für jedes Kind in die Regelschulen? Die inklusive Schule darf kein Sparmodell werden.

Sanata Nacro: Wozu kann den Eltern denn geraten werden, wenn sie vor der Situation stehen, dass dieses Verfahren eingeleitet wird? Was wäre denn nötig um die Lage für Kinder und Eltern zu verbessern?

Eva-Maria Thoms: Im Moment sind die Eltern auf Unterstützung angewiesen. Und erfahrungs-gemäß bekommen sie die beim Schulamt nur sehr begrenzt. Sie können sich an uns wenden, sie können sich an das Antidiskriminierungsbüro wenden, und zwar so früh wie möglich. Eltern sollten auf keinen Fall warten bis das Verfahren abgeschlossen ist. Man kann sagen: Sobald Eltern das Wort besonderer Förderbedarf in Zusammenhang mit ihrem Kind hören, sollten sie sofort Kontakt aufnehmen. Es wirkt oft Wunder, wenn Lehrer oder Schulämter nicht nur mit den betroffenen Eltern zu tun haben, sondern wenn noch jemand zur Unterstützung der Eltern dabei sitzt. Und wenn derjenige dann auch noch gewisse Fachkenntnisse über das Verfahren hat, wird es noch besser.



Rassismus macht krank – Ein Kurzbericht zu der Fachtagung „Alltägliche Diskriminierung und seelische Gesundheit“

Rassismus ist ein Risikofaktor für die Gesundheit von Menschen, die rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt sind. So lautet das Fazit der Tagung „Alltägliche Diskriminierung und seelische Gesundheit“, die am 10.11.11 in Bonn stattfand. Veranstalter_innen waren das Antidiskriminierungsbüro Köln, das Sozialpsychiatrische Kompetenzzentrum südliches Rheinland und das Sozialpsychiatrische Kompetenzzentrum westliches Rheinland in Kooperation mit der Stadt Bonn und dem Landschaftsverband Rheinland.

Über 70 Fachkräfte psycho-sozialer und therapeutischer Anlaufstellen sowie aus dem Bereich der Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungsarbeit waren gekommen, um sich aus unterschiedlichsten Perspektiven mit den Auswirkungen (rassistischer) Diskriminierungserfahrungen auf Körper und Seele der Betroffenen auseinanderzusetzen. Die Veranstaltung bildet den Auftakt für weitere Auseinandersetzungen mit dem Thema.

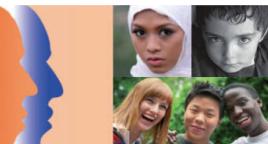
Einleitend machten Jürgen Nimptsch, Oberbürgermeister der Stadt Bonn und Friedhelm Kitzig vom Landschaftsverband Rheinland in ihren Grußworten deutlich, dass sie die Tagung inhaltlich unterstützen und befürworten. Sie unterstrichen die Notwendigkeit, sich differenziert mit den Folgen rassistischer Verhältnisse zu beschäftigen.

Die daran anschließenden Fachvorträge setzten sich dann sowohl auf theoretischer als auch auf praktischer Ebene mit dem Tagungsthema auseinander. Einen ersten Überblick über die bislang noch dünne deutsche Forschungslandschaft gab die Diplom-Psychologin Astride Velho. Sie zeigte, dass laut einiger Forschungsergebnisse aus dem englischsprachigen Raum, Rassismus als Stressor und sogar als traumaauslösend angesehen werden kann. Ihre Ausführungen, so sagte sie, stellen den Versuch dar, eine Sprache zu finden, um über die Auswirkungen von Rassismuserfahrungen auf die Gesundheit und das Befinden und deren Implikationen für die berufliche Praxis zu sprechen.

Daran anknüpfend ging Dr. Nivedita Prasad auf die Erfahrungen von Migrant_innen mit Formen des strukturellen Rassismus ein und machte deutlich, dass auf der einen Seite der Staat zwar verpflichtet ist, jedem Einzelnen freien Zugang zum Gesundheitssystem zu gewährleisten, auf der anderen Seite jedoch die Realität häufig anders aussieht. Die Referentin gab wichtige Empfehlungen für die Praxis der Beratungsarbeit in Bezug auf die Fälle von rassistischer Diskriminierung und unterstrich, dass auch der psychischen Gesundheit von Berater_innen mehr Beachtung geschenkt werden muss.

Einen weiteren Einblick in praktische Ansätze im Umgang mit Traumata in der Antidiskriminierungs- sowie in der Flüchtlingsarbeit gaben Marie-Theres Aden-Ugbomah und Mboyo Likafu vom Pädagogischen Zentrum Aachen. Im Rahmen ihres Vortrages zeigte Frau Aden-Ugbomah den Film „Nur eine Puppe...“. Er entstand im Zusammenhang eines Empowerment-Projektes und zeigt, dass Kinder mit afrikanischer Herkunft bereits früh die Botschaften rassistischer Diskurse verstehen und dadurch in ihrer Selbstwahrnehmung negativ geprägt werden und Rassismen internalisieren.

Der Gesundheitspsychologe Eben Louw schilderte zum Abschluss den Ansatz der Berliner Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt und ihrer Interventionsmaßnahmen zu den psychischen Folgen von Gewalttaten.



In der Podiumsdiskussion wurden viele Aspekte des Themas kontrovers beleuchtet. Es wurde beispielsweise erläutert, wieso Rassismus eine Barriere zum Erlernen der Landessprache darstellt und welche grundsätzlichen Dinge ein Therapeut in der Arbeit mit rassistisch diskriminierten Menschen beachten muss.

Die Referent_innen betonten, dass die Empathie, Anerkennung und eine rassismuskritische Haltung die wichtigsten Instrumente der Therapeutin/des Therapeuten im Umgang mit von rassistischer Diskriminierung Betroffenen darstellen.

Die zahlreichen positiven Rückmeldungen der Teilnehmer_innen zeigen, dass die Tagung gut angenommen wurde und das Interesse an der weiteren Bearbeitung des Themas in Fachkreisen durchaus vorhanden ist.

VeranstalterInnen

Sanata Nacro (Antidiskriminierungsbüro Köln)
Fon: 0221/96476300
E-Mail: sanata.nacro@oegg.de

Monika Sander (SPKoM Westliches Rheinland)
Fon: 0172/2637606
E-Mail: m.sander@aachenerverein.de

Ligita Werth (SPKoM Südliches Rheinland)
Fon: 0173/7042599
E-Mail: spkom@awo-bsnu.de



,Du kommst hier nicht rein!“ – Kampagne gegen Diskriminierung beim Zugang zu Freizeitangeboten

Das AntiDiskriminierungsBüro Köln unterstützt die Kampagne gegen die Diskriminierung im Freizeitbereich (Diskotheken, Fitnessclubs etc.)

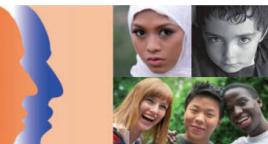
Viele, zumeist männliche Jugendliche, die einer ethnischen Minderheit oder der muslimischen Religion zugerechnet werden, kennen das. Sie stehen in der Schlange am Eingang zur Disco und wenn sie dran sind, winkt sie der Türsteher raus und sagt: Du nicht, heute nur Stammgäste! Komischerweise sind alle, die nach ihnen kommen dann ‚Stammgäste‘. Menschen im Rollstuhl müssen sich anhören, ‚ob man denn damit auch tanzen kann? Bei Sport- und Fitnessclubs wird mitunter aus rassistischen/religiösen Gründen die Aufnahme in den Club abgelehnt.

Dies ist bedauerlicherweise gängige Praxis. Dort, wo es reichlich Clubs gibt, kann man ja zum nächsten, wo es dann vielleicht klappt. Da, wo es aber keine große Auswahl gibt, kann dies bedeuten, gar nicht in die Disco oder den Fitnessclub zu kommen. Erfolgt die Ablehnung aus rassistischen Gründen, wegen der Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Religion oder einer Behinderung, stellt dies eine Diskriminierung dar, die nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verboten ist. Die meisten Menschen ärgern sich zwar, wenn sie abgewiesen werden, unternehmen jedoch leider keine weiteren Schritte. Nur vier Personen haben in den fünf Jahren, in denen das AGG in Kraft ist, gegen Discobetreiber/innen geklagt und zumeist Recht bekommen. Gegen Fitnessclubs wurden bislang keine Klagen geführt. Mit Hilfe des AGG könnte jedoch langfristig die selektive und diskriminierende Einlasspraxis und die unzulässige Auswahl bei Mitgliedschaften verändert werden.

Auf die Initiative des Büros zur Umsetzung von Gleichbehandlung (www.bug-ev.org) hat sich eine Gruppe von Organisationen gebildet, die sich die Durchsetzung des AGG zum Ziel gemacht hat. Das ADB Köln bittet deshalb alle Beratungsstellen, Verbände und Integrationsagenturen diese Situation besonders zu beobachten und Jugendliche auf die Kampagne hinzuweisen. Sollte es Vorfälle geben, wogegen betroffene Jugendlichen etwas unternehmen wollen, können Sie, wenn gewünscht, bei Ihrer regionalen Anlaufstelle für Antidiskriminierungsarbeit Unterstützung finden. Diese Kampagne läuft bis Mitte 2012 und wir würden uns über eine Benachrichtigung über derartiger Diskriminierungsvorfälle und die jeweils unternommenen Schritte freuen. Wir leiten die Informationen dann an das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) weiter, das als Koordinator dieser Kampagne agiert und in dieser Funktion eine Themenseite zu Diskriminierung beim Zugang zu Diskotheken/Fitnessclubs eröffnen wird. Darauf wird auf Handlungsansätze und Beispiele der unterschiedlichen Organisationen hingewiesen werden. Ziel ist, langfristig geeignete Klagen bei Gerichten in der Bundesrepublik einzureichen. Vor Ort sollen Maßnahmen unterstützt werden, die nachhaltig auf diese Form von Diskriminierung einwirken.

Wie Sie sicherlich wissen, ist es im Falle einer Klage wichtig, dass die Diskriminierung nicht länger als 2 Monate zurückliegt und vor Gericht nachzuweisen ist. Genaue Angaben, wann die Jugendlichen zu welcher Disco/welchem Fitnessclub wollten und was die Gründe ihrer Ablehnung (ihre eigene Einschätzung und die vom Türsteher/Personal angegebenen Gründe) waren, sollten die Jugendlichen in einem Gedächtnisprotokoll festhalten. Wenn Zeugen des Vorfalls benannt werden können, umso besser.

Weitere Infos unter: **Sanata Nacro** (Antidiskriminierungsbüro Köln)
Fon: 0221/96476300; E-Mail: sanata.nacro@oegg.de



„(Stereo)typisch Duisburg?!“ –

Ein Antidiskriminierungs- und Medientraining für Jugendliche von ARIC-NRW e. V. im Rahmen des Lokalen Aktionsplans Duisburg Anti-Rassismus Informations-Centrum, ARIC-NRW e.V.

Das Jugendamt der Stadt Duisburg nimmt seit dem Jahr 2011 am Bundesprogramm "TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN" teil. Schwerpunkte dieses Programms sind die Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft, Demokratie- und Toleranzerziehung, soziale Integration, interkulturelles und interreligiöses Lernen, antirassistische Bildungsarbeit, kulturelle und geschichtliche Identität sowie die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen. Dazu werden u. a. kommunale Netzwerke gefördert, die auf der Basis von so genannten Lokalen Aktionsplänen agieren sollen.

Der Lokale Aktionsplan in Duisburg wurde im Herbst 2010 unter der Beteiligung der Stadt Duisburg sowie örtlicher Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft entwickelt. Es wurden gemeinsam Strategien gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen vor Ort entfaltet und konkrete, vor Ort ausgearbeitete und umsetzbare Konzepte entworfen, die die Vielfalt, Toleranz und Demokratie – vor allem unter den jugendlichen Einwohnerinnen und Einwohnern – stärken sollen. Diese wurden dann im Lokalen Begleitausschuss, in Aktionen und Projekte umgesetzt, vorgestellt.

Im Aktionsplan wurden drei Handlungsfelder (Säulen) definiert:

1. Netzwerkarbeit zur Stärkung der lokalen Demokratie
2. Schulische und außerschulische Präventionsarbeit
3. Interkulturelle Arbeit

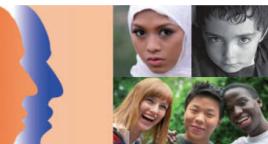
Im Rahmen dieser Felder konnten Maßnahmen beantragt werden. Im ersten Förderjahr 2011 standen Duisburg 100.000 Euro für Einzelprojekte zur Verfügung.

ARIC-NRW e.V. hat das Projekt „(Stereo)typisch Duisburg?! – ein Antidiskriminierungs- und Medientraining für Jugendliche“ beantragt, das von Mai bis Dezember 2011 durchgeführt wird.

Ziele und Inhalte des Projekts

Jugendliche und junge Erwachsene aus Duisburg werden mit Aussagen in den Medien konfrontiert, dass Multikulturalität gescheitert sei und ihre Stadt von Politikern als Synonym dafür verwandt wird. Es gibt zahlreiche Medienberichte über Duisburg, in denen Schlagworte wie Parallelgesellschaft, Islamismus, gescheiterte Integration, Ghettoisierung, Hartz IV-Familien auftauchen, die sich negativ auf das Selbstbild der Duisburger Jugendlichen auswirkt, da ihnen eine Perspektivlosigkeit in Bezug auf gesellschaftliche Teilhabe suggeriert wird. Gleichzeitig findet auch eine Aneignung der in den Medien verbreiteten Stereotype bei den Jugendlichen statt.

Das Projekt arbeitet altersgerecht das Thema Diskriminierung und Stereotypen und ihre mediale Vermittlung und Rezeption auf. Den Jugendlichen soll eine selbstbestimmte und kritische Mediennutzung insbesondere in Bezug auf Stereotypisierungen in Abgrenzung von Fremd- und Selbstbildern vermittelt werden.



Der Umgang mit Differenz und die Anerkennung von Menschenrechten sind elementar für die Demokratieerziehung von Jugendlichen. Ziel einer nicht nur technischen, sondern auch kulturellen Medienkompetenz muss es sein, den Einzelnen zu befähigen, mit Informationen kompetent und verantwortungsvoll umzugehen. Daher ist in den Trainings zunächst eine intensive Aufarbeitung der eigenen Bilder und Stereotype wichtig.

Ein weitere Schritt ist die Auseinandersetzung mit den u. a. medial zugeschriebenen Defiziten in Bezug auf soziale und ethnische Herkunft. Dazu gehören auch die Fähigkeit des Einordnens und der Bewertung von Informationen und die konstruktive Erarbeitung eines eigenen Bildes der Stadt, in der sie leben. Im Vordergrund steht hier nicht nur das Arbeiten mit einem auditiven Medium, sondern auch die Sensibilisierung für die Möglichkeit, eigene Erfahrungen über ein Hörmedium in die Gesellschaft zu transportieren.

Zu diesen Themenbereichen wird mit den TeilnehmerInnen in dreiteiligen Workshops gearbeitet. An ihrem Ende steht die Erstellung von Hörreportagen, die die Themen Diskriminierung sowie Selbst- und Fremdbilder zum Inhalt haben.

Die Umsetzung des Projekts

Im Rahmen des Projektes wird mit den Mitgliedern der Jugendgruppen der Kooperationspartner in Workshops gearbeitet, die von Teams aus ARIC-TrainerInnen mit je einer im Medienbereich arbeitenden bzw. im Bereich Hörfunkreportagen erfahrenen Experten geleitet werden.

Die Workshops gliedern sich in drei Teile:

1. Antidiskriminierungstraining:

Dort werden mittels Übungen des affektiven Lernens Diskriminierung und Ausgrenzungen bewusst gemacht und ihr rassistischer Hintergrund offengelegt.

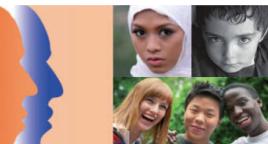
2. Medienanalyse und -sensibilisierung:

Die Jugendlichen analysieren zunächst anhand von Medienberichten über Duisburg das dort transportierte Bild im Kontext von sozial und ethnisch ausgrenzenden Zuschreibungen und Diskriminierungen. Dabei findet eine Auseinandersetzung mit den fremdsprachlichen, hier vornehmlich türkischen Medien statt.

3. Eigener Podcast:

Die TeilnehmerInnen erstellen in Gruppen Audioreportagen in Form eines Hörspiels, eines Features oder einer Dokumentation über ihr eigenes Lebensumfeld in Abgrenzung zu den medial vermittelten Stereotypisierungen. Die Reportagen werden auf der ARIC-Homepage der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Angestrebt ist zudem eine Präsentation im Rahmen einer Bürgerfunk-Sendung.

Zum Einsatz kommen Anti-Rassismus-Trainerinnen, JournalistInnen und Medienpädagogen und Produzenten.



Kooperationspartner/-innen

Der Deutsch-Arabische Integrationsverein, die Alevitische Jugend Duisburg und Kinder- und Jugendhilfeverein Homberg-Hochheide stellen die Jugendgruppen zusammen, die an den Workshops teilnehmen. Zudem sind sie an der inhaltlichen und organisatorischen Planung beteiligt. Die Entwicklungsgesellschaft Duisburg unterstützt das Projekt organisatorisch und insbesondere im zweiten medienanalytischen Teil fachlich.

Zeitliche Ausgestaltung der Workshops

Im Rahmen dieses Projektes sollen drei dreitägige Workshops durchgeführt werden. Je nach Möglichkeit der Jugendlichen können die Workshopzeiten variabel verteilt werden.

Ergebnisse des Projektes

Über die Ergebnisse des Projektes wird nach dessen Abschluss in der nächsten Ausgabe des Newsletters der Servicestellen berichtet.

*Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“*



Links:

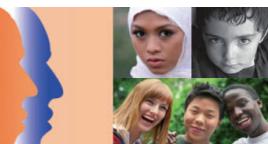
Lokaler Aktionsplan Duisburg:

www.duisburg.de/micro2/toleranz_foerdern/lap/content/102010100000347703.php

Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN

<http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de>

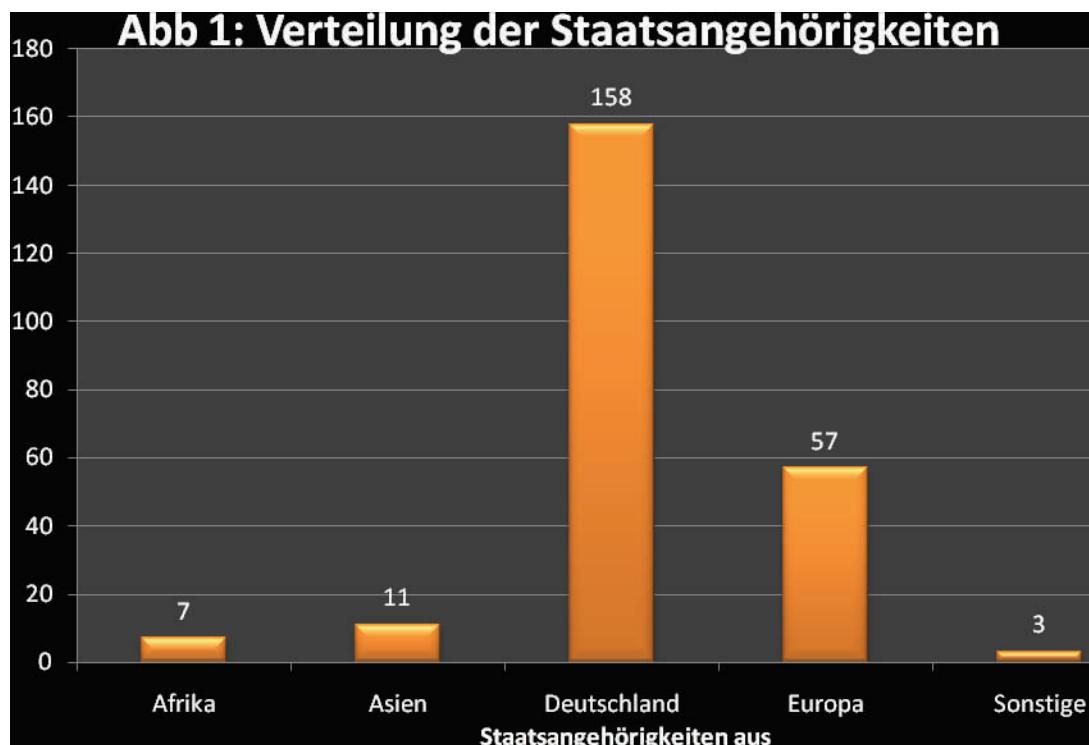
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend <http://www.bmfsfj.de/>

**www.diskriminierung-melden.de****Auswertung der gemeldeten Fälle von August 2010 bis Oktober 2011
Anti-Rassismus Informations-Centrum, ARIC-NRW e.V.**

Mit der Webseite www.diskriminierung-melden.de wenden sich die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit an von rassistischer Diskriminierung Betroffene mit der Bitte, uns über die Internetseite ihre Diskriminierungserfahrungen anonym zu melden. Die Seite wird von ARIC-NRW e.V. betreut, um Informationen zu gewinnen, die zeigen, in welchen Bereichen MigrantInnen und Menschen mit Migrationshintergrund diskriminiert werden, wo im Besonderen rassistische Diskriminierung abzubauen ist.

Für den Zeitraum vom 04.08.10 bis zum 07.10.11 ergaben sich aus den verwertbaren Eingaben nachstehende Ergebnisse:

236 Personen haben im oben genannten Zeitraum 290 Diskriminierungsfälle gemeldet. Dabei ergab sich folgende Verteilung der Staatsangehörigkeiten:



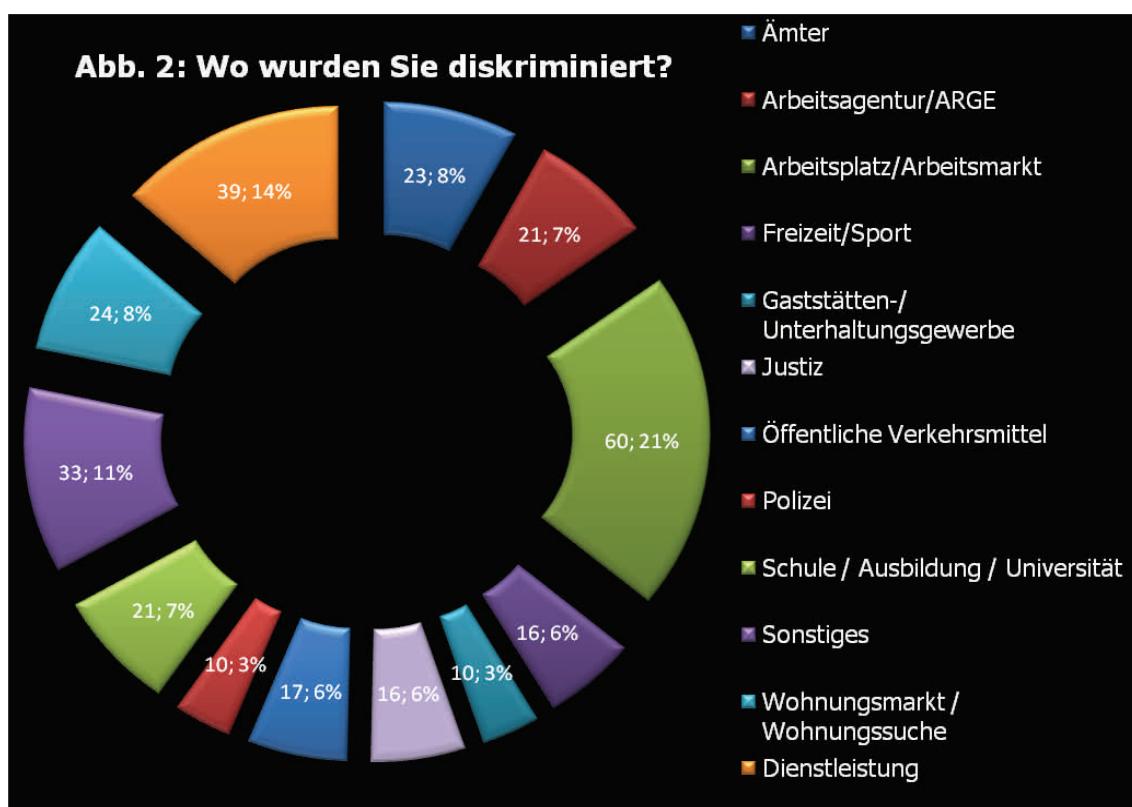
Bei den Nennungen zu Deutschland sind auch doppelte Staatsbürgerschaften inbegriffen.



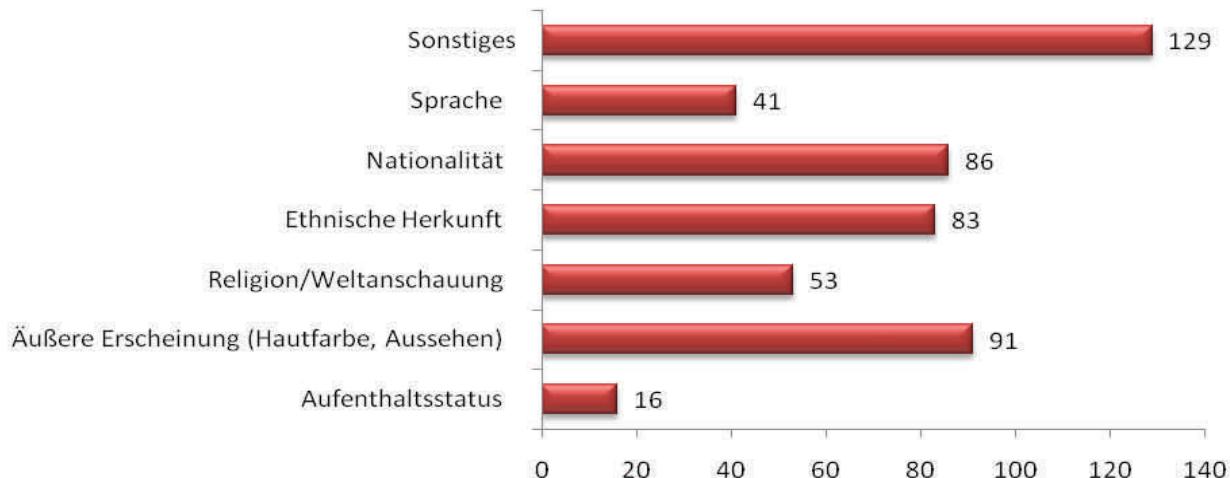
Auf die Frage „**Wo wurden Sie diskriminiert?**“ spielten die nachstehenden acht Bereiche mit bis zu 7 von 290 Nennungen für sich alleine genommen eine geringe Rolle.

Diskriminierungsart		Diskriminierungsart	
Soziale Dienste	3	Krankenversicherung/ Pflegeversicherung	2
sonstige Dienstleistungen	5	Finanzdienstleistungen	3
private Arbeitsvermittlung	6	Medien	6
Einzelhandel	7	Gesundheitswesen	7

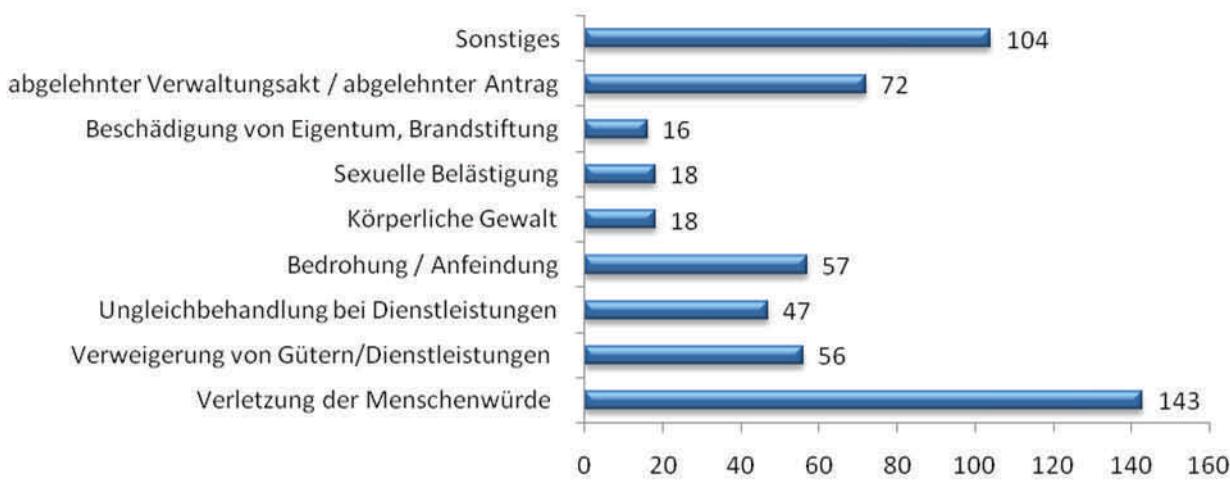
Sie wurden daher im folgenden Diagramm (Abb. 2) zur besseren Übersichtlichkeit unter dem Punkt *Dienstleistungen* zusammengefasst. Diese Grafik zeigt, in welchen Bereichen die Betroffenen am häufigsten diskriminiert wurden. Negativer Spitzenreiter ist hier eindeutig der Arbeitsmarkt, auf dem sich sehr viele der Meldenden einer Diskriminierung ausgesetzt fühl(t)en.

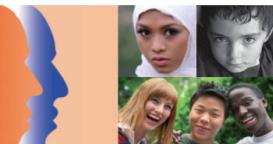


Die Gründe, warum die Betroffenen diskriminiert wurden, spiegeln sich in Abbildung 3 wider.

**Abb 3: Diskriminierungsgrund**

Wie bei der letzten Auswertung ist auch diesmal die Kategorie *Sonstiges*, diejenige mit den meisten Nennungen. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auch die Gründe Geschlecht, Behinderung, sexuelle Identität und Alter mehr in den Fokus rücken. Wir werden deshalb 2012 die Seite überarbeiten, damit konkrete Aussagen getroffen werden können, welche Diskriminierungsgründe die Betroffenen anführen. Ähnliches gilt für den Komplex der Diskriminierungsformen, wo die Meldungen zu *Sonstiges* am zweithäufigsten vorkommen. Die meisten Nennungen zur Frage „Um welche Form der Diskriminierung handelt es sich?“ entfallen auf die Kategorie *Verletzung der Menschenwürde/schlechte Behandlung*. Mit dieser Form von Diskriminierung sahen sich die Betroffenen am häufigsten konfrontiert .

Abb. 4: Diskriminierungform



Sprach- und IntegrationsmittlerInnen Gleichbehandlungsbüro (GBB) Aachen

Das GBB Aachen wurde als Beschwerde- und Vermittlungsstelle auch in Fällen von Kindeswohlgefährdung, Diskriminierung im Schul- oder Kitaalltag immer wieder um Unterstützung angefragt. Eine der häufigen Beschwerdeführer im GBB Aachen waren Migranteneltern, die sich durch Bildungseinrichtungen wie Kitas und Schulen, aber auch durch Behörden wie Schul- und Jugendamt oftmals unverstanden und diskriminiert fühlten.

Die interkulturelle Verständigung zwischen den betroffenen Migranteneltern und Behörden gestaltete sich in der Regel problematisch. Mangelnde interkulturelle Kompetenzen auf Seiten der Behörden, Unwissenheit bzgl. gesetzlicher Bestimmungen und Unkenntnis über hiesige Strukturen auf migrantischer Seite führten oft zu Missverständnissen und Unzufriedenheit bei den beteiligten Parteien. Die Bereitschaft zur interkulturellen Öffnung war seitens der Behörden jedoch kaum vorhanden.

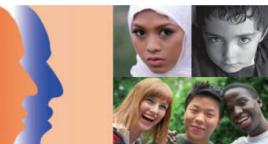
Als Antidiskriminierungsstelle hatte das GBB Aachen auch die Aufgabe, Lösungsansätze zu entwickeln, um Diskriminierungsstrukturen entgegenzuwirken. So folgte das GBB im Jahr 2005 einer Kooperationsanfrage der Diakonie Wuppertal sehr gerne.

Die Diakonie Wuppertal führte zur damaligen Zeit eine Qualifizierungsmaßnahme für MigrantInnen durch, mit dem Ziel, diese zu Sprach- und IntegrationsmittlerInnen zu zertifizieren. Das GBB Aachen beteiligte sich an dem Qualifizierungsprojekt und entwickelte vor dem Hintergrund der damaligen Erfahrungswerte mit Aachener Behörden – im Rahmen des Qualifizierungsschwerpunktes „Soziales“ – den Bereich „Interkulturelle Familienhilfe“.

Die erste Maßnahme dauerte 2,5 Jahre und wurde durch das EU Programm Equal gefördert. Neben theoretischen Unterrichtsfächern erfolgte ein praktischer Einsatz der TeilnehmerInnen unter anderem in Aachener Ämtern und Behörden. Nach anfänglicher Skepsis erhielten die TN für ihre Einsätze hier sehr viel Anerkennung.

Die zweite Zertifizierung fand 2010 statt und endete Ende März 2011. Finanziert wurde die zweite Maßnahme erstmals von der ARGE der Stadt Aachen. Aufgrund der hohen Akzeptanz richtete die Stadt Aachen auf Initiative verschiedener Aachener sozialer Einrichtungen einen Sprach- und Integrationspool ein, der auf der Grundlage einer Konzeption, die das GBB Aachen für die Stadt Aachen erstellte, seit 2009 mit einem Budget in Höhe von 10.000€ jährlich ausgestattet wird.

Für den Sprach- und Integrationspool (SprInt Pool) sind derzeit 25 Sprach- und IntegrationsmittlerInnen tätig, die auf Honorarbasis in unterschiedlichen Bereichen der sozialen Arbeit und im Gesundheitsbereich eingesetzt werden. Genutzt wird der Pool sowohl von Privatpersonen, die sich in einer schwierigen Notlage befinden, aber weder durch den Verwandten- oder Freundeskreis Übersetzungsmöglichkeiten haben und aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse eine SprInt Kraft benötigen. Aber auch soziale Einrichtungen, die im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit auf eine SprInt Kraft angewiesen sind, jedoch nicht in der Lage sind, diese aus eigenen Mitteln zu finanzieren, können den städtischen SprInt-Pool in Anspruch nehmen.



Neben Privatpersonen zählen jedoch die Aachener Behörden und Ämter zu den Hauptauftraggebern, die die Sprach- und IntegrationsmittlerInnen für ihre Beratungstätigkeiten anfragen.

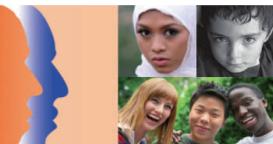
Eine intensive Unterstützung erfährt der SprInt Pool durch die Stabstelle Integration, die ämterübergreifend für den Einsatz der SprInt Kräfte wirbt und somit einen wichtigen Schritt für die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung unternommen hat. Inzwischen ist der Einsatz der Sprach- und IntegrationsmittlerInnen auch in Aachener Verwaltungsabteilungen zu einem wichtigen Arbeitsansatz geworden, insbesondere im Aachener Jugendamt.

Durch den Einsatz der SprInt Kräfte werden immer wieder neue Handlungsfelder der interkulturellen Arbeit offengelegt, die, wenn diesen zukünftig nicht mehr Beachtung geschenkt wird, sich zu weiteren gesellschaftlichen Konfliktfeldern entwickeln könnten. Strukturelle Ungleichbehandlungen treten noch deutlicher zutage, da die SprInt Kräfte auch von Personen in Anspruch genommen werden, die oftmals keine Beratungseinrichtung aufsuchen. So bestehen Versorgungslücken sowohl im medizinischen (z. B. Demenz- und Tumorerkrankte) als auch im sozialen Bereich (z. B. sozialpädagogische Familienhilfe), die für betroffene MigrantInnen oftmals zugleich diskriminierende Auswirkungen haben.

Der Bedarf an Sprach- und IntegrationsmittlerInnen wächst daher stetig. Wurden im Jahr 2009 39 Anfragen registriert, waren es 2010 bereits 279 Einsätze. In diesem Jahr waren bis April schon 171 Einsätze zu verzeichnen.

Zu hoffen ist, dass der Bedarf an Sprach- und IntegrationsmittlerInnen die Einsicht und Bereitschaft fördert, mehr migrantisches Fachpersonal auch in der kommunalen Verwaltung einzusetzen, damit dem Anspruch der Bürgernähe überhaupt erst genüge geleistet werden kann.

Für die Antidiskriminierungsarbeit bedeutet der Einsatz von SprInt Kräften die Möglichkeit, bisher verdeckte Diskriminierungsfelder zu erkennen und weitere Einblicke in die strukturell bedingte Ungleichbehandlung zu erhalten, mit dem Ziel, Lösungsansätze zu entwickeln, um der strukturellen Ungleichbehandlung nachhaltig entgegenzuwirken.



Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung: Filmvorführung „Roots Germania“

Film und Diskussion mit der Filmemacherin Mo Asumang am 18. Oktober 2011 in der Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung in Siegen

Bei der Kooperationsveranstaltung der Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung und dem Evangelischen Gymnasium präsentierte Mo Asumang am Dienstag, den 18.10.2011 ihren hochaktuellen Film „Roots Germania“ in den Räumen der Mediathek. Unterstützt wurde die Veranstaltung durch die Stadt Siegen im Rahmen der Europäischen Städtekohäsion gegen Rassismus.



Mo Asumang ist die Tochter einer Deutschen und eines Ghanaischen. Zu sehen war Mo über drei Jahre als Moderatorin der Sendung „Liebe–Sünde“ oder in Musiksendungen des ORB und Viva. Außerdem wirkte sie in zahlreichen Filmen als Schauspielerin mit. Mit ihrem Regiedebüt des Dokumentarfilms „Roots Germania“ vereint Mo zum ersten Mal all ihre Fähigkeiten auch hinter der Kamera. Der Film wurde 2008 für den Adolf-Grimme-Preis nominiert.

Am 05. November 2007 rief die Neonaziband „White Aryan Rebels“ auf der CD „Noten des Hasses“ öffentlich zur Ermordung prominenter deutscher „Feinde“ der „arischen Rasse“ auf, darunter auch Mo Asumang. Dieser Schock inspirierte Mo zu einer filmischen Spurensuche.

Den bösartig gemeinten Rat der Neonazis nimmt Mo Asumang dabei ernst: „Geh dahin, wo du hergekommen bist!“ Ist das Kassel, ihr Geburtsort? Oder Ghana, woher ihr Vater stammt? Aber dort gilt sie als Weiße. Ein Aufenthalt dort öffnet ihr die Augen für einen ganz neuen Weg, den Rassismus und Germanenkult deutscher Neonazis zu hinterfragen. So wird Mo Asumangs Identitätssuche ganz nebenbei auch eine spirituelle Reise zu afrikanischen und deutschen Ahnen- und Kultplätzen. Eine intensive, aber immer wieder auch ironisch-humorvolle Reise, die nicht nur dazu führt, ein persönliches Trauma abzulegen, das durch Vorurteile, Hass und Furcht zustande kam.

Mo wächst den Neonazis dabei über den Kopf. Sie besucht germanische Heiligtümer, trifft Rechtsradikale, aber auch ihren Vater in Ghana. Mo mischt sich auf einer NPD-Demo unter 3000 Neonazis, spricht mit Jürgen Rieger, bringt Nazikader aus der Fassung, durchforstet braune Webseiten im Internet und steigt in die „Himmler Gruft“ der Wewelsburg hinab und versucht die Ursachen solchen Hasses zu ergründen. Am Ende ihrer Reise ist Mo bereit den Sänger der Naziband zu treffen!

Der *Stern* schreibt: „Diese Frau kann man zu Recht mutig nennen: Sie hat sich unter die Menschen begeben, die sie am liebsten tot sehen würden.“

Nach der Filmvorführung fand eine lange, lebhafte und interessante Diskussionsrunde statt. Mo Asumang hat mit ihrer faszinierenden und authentischen Erzählung über ihre eigene Erfahrung mit Rassismus und Rechtsextremismus das Publikum begeistert und nachdenklich gemacht. Ihr Fazit lautet: Nach der Identitätssuche habe ich für mich festgestellt, dass ich beides sein kann, Deutsche und auch Afrikanerin und aus beiden Kulturen schöpfen kann. Dies ist eine sehr positive Erfahrung. Durch den Film habe ich meine Angst vor Neonazis überwunden und bin stärker geworden. Hingegen habe ich die Neonazis als ängstlich und hilflos erlebt, die ihr Tun und Denken nicht logisch erklären können.



Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung

Dr. Saliha Scheinhardt: „Wahnliebe – 40 Jahre Frau sein und fremd in Deutschland“ Autorenlesung am 08.10.2011

Im Rahmen der interkulturellen Woche in Siegen gestaltete die Mediathek eine Lesung mit Dr. Saliha Scheinhardt. Die Lesung fand in Kooperation mit dem Integrationsrat der Stadt Siegen und KulturSiegen statt.

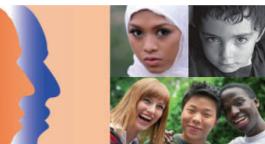
Die Autorin las vor ca. vierzig ZuhörerInnen aus ihrem noch unveröffentlichten Roman "Wahnliebe" - 40 Jahre Frau sein und fremd in Deutschland" vor. Sie beschreibt in Ihrem Buch die letzten 40 Jahre ihres Lebens in Deutschland. Dabei pendelt sie zwischen zwei Welten; rastlos, unbeugsam, unbestechlich und politisch. Immer auf der Suche nach Wahrheit und Glück!

Sie sagt über sich: „Ich wollte kein Blatt vor den Mund nehmen! Unbequem sein! Dem Übel die Stirn bieten! Kämpfen ohne Selbstmitleid, in der Hoffnung auf ein menschliches Leben in Liebe, Frieden und Freiheit! Am Ende stand auch ich wie alle nach dem großen Knall vor einem Trümmerhaufen in einer unendlichen Einsamkeit.“

1950 in Konya/Türkei geboren kam Frau Scheinhardt 1967 nach Deutschland. Nachdem sie in einer Textilfabrik und später als Kellnerin gearbeitet hatte, fing sie 1971 ein Lehramtsstudium an. Nach dem Studium arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der PH Neuss. Anschließend war sie die erste „ausländische“ Stadtschreiberin in Offenbach. Sie erhielt mehrere Preise, die ihr Engagement würdigen.

Saliha Scheinhardt hat eine einfache Botschaft, die sie immer wieder eindringlich vermittelt: Dass jeder Mensch, jede Frau, auch wenn sie Türkin ist, Respekt und Achtung verdient und die Freiheit, sich zu entfalten. Sie schildert den Kampf für das Leben in einem fremden Land, einsam und verlassen nach der Suche von Geborgenheit und Sicherheit. Sie sucht Freiheit, um nicht mehr fremd bestimmt zu werden.

Die Veranstaltung wurde vom Publikum sehr positiv angenommen und über viele Themen, z. B. Migration, Integration, Sprachprobleme der Kinder und die Frauenbeteiligung der Migrantinnen, im Anschluss sehr lebhaft diskutiert.



Planerladen e.V. – Nord trifft Süd: Bürgerforum erfolgreich gestartet

Neugierige Menschen und gute Atmosphäre: fast 70 Gäste aus Süd, Nord und anderen Stadtteilen, bunt gemischt in der Alters- und Herkunftsstruktur waren am 12. Oktober 2011 der Einladung zum 1. Dortmunder Bürgerforum „Nord trifft Süd“ gefolgt, um sich über ihr Hobby „Garten“ auszutauschen und ihre Vereine vorzustellen. Für die Organisatoren ein gelungener Start.

Mit dem Forum Dortmund „Nord trifft Süd“ möchten Auslandsgesellschaft NRW e.V. und Planerladen e.V. die Kultur des Zusammenlebens in der Stadt und in den Stadtteilen sichtbar machen (immerhin leben in Dortmund Menschen aus 172 Nationen), Neues und Altbewährtes vorstellen und Begegnungen zwischen den Menschen dieser Stadt ermöglichen. Beim ersten Forum ging es um „Gartenvereine und Stadtteilkultur“. Die Gartenvereine prägen die Stadtteilkultur. Menschen mit der Liebe zur Natur gestalten mit den Gartenvereinen auch ihren Stadtteil, denn Kleingartenanlagen

sind wertvolle Bestandteile des öffentlichen und privaten Stadtgrüns. Nicht jeder Gartenverein ist gleich, ihre Mitglieder gestalten ihren Garten auf ihre ganz persönliche Art. So gelten nach den Klischees deutsche Vereine als „ordentlich“ und türkische als „konfus“. Die Veranstaltung brachte diese Menschen zusammen.

So berichtete Ugur Kaya, Vorsitzender des Yesil Bostan-Gemüsegartenvereins e.V., wie türkische Mitbürger die Brache an der Eisen- und Burgholzstraße besetzten und daraus eine kleine Oase machten. Die Gärten dort sind für diese Menschen fast ein Stück Heimat. Um diese Heimat nicht aufgeben zu müssen, wurde 2004 beschlossen, einen Verein zu gründen und mit der Stadt Dortmund und der Thyssen AG einen Pachtvertrag abzuschließen.

Isolde Jebing vom Verein der Garten- und Blumenfreunde Sölderholz erzählte von den vielen Aktionen, die von den Mitgliedern gut angenommen werden. Die ehrenamtliche Tätigkeit im Verein stellt einen festen Bestandteil in ihrem Leben dar. Jedoch beklagt sie wie viele andere Kleingartenvereine auch, dass junge Menschen nicht als Mitglieder gewonnen werden können.



Inge Klapper vom Kleingartenverein Hafenwiese e.V. erzählte, dass sie viele Menschen aus den unterschiedlichsten Regionen der Welt als Mitglieder gewonnen haben. „Das Miteinander klappt hervorragend und die strikten Regeln eines Kleingartenvereins werden befolgt“, so Inge Klapper schmunzelnd. Aus demselben Verein kam auch eine junge Erwachsene zu Wort. Sonja Kleinrath, seit fast einem Jahr Mitglied, erzählte, dass es die Liebe zur Natur war, die sie dazu veranlasste, mit zwei weiteren Freundinnen die Mühe auf sich zu nehmen, um einen Garten samt kleinem Häuschen neu nach Belieben zu gestalten.

Nach den Redebeiträgen berichteten auch die Gäste aus ihrem Vereinsleben. Danach nutzen viele die Gelegenheit, sich beim Buffet zu unterhalten. Kleine Begegnungen eben, die einen Austausch ermöglichen und ein Ziel der Veranstaltung sind.



Foto: David Ek



Die Veranstaltungsreihe gibt Bürgern die Chance, alltägliche und besondere Projekte in Dortmund kennen zu lernen. Ebenso sollen Menschen unterschiedlichster Herkunft in einer gemütlichen Runde ins Gespräch kommen. Sie wird von der Migrations- und Integrationsagentur im Rahmendes Masterplans Migration/Integration der Stadt Dortmund unterstützt. Der Planerladen e.V. und die Auslandsgesellschaft NRW sind in der Arbeitsgruppe „Internationale, weltoffene Stadt“. Im Frühjahr 2012 ist die nächste Veranstaltung geplant.

Über die Lebenssituation der Roma diskutiert – Planerladen e. V. informiert Bürger/innen im Nachbarschaftsforum

Thema „Dortmund – Plowdiw: Über die Lebenssituation der Roma in Bulgarien und Deutschland“

In der Dortmunder Nordstadt sorgen die Roma aus Bulgarien und Rumänien mit ihrer Anwesenheit seit Monaten für großen Gesprächsstoff in der Lokalpolitik und unter der Bevölkerung. Dabei erfolgt die Berichterstattung über Sinti und Roma oftmals in Verbindung mit Kriminalität, illegaler Prostitution und Problemhäusern. Um pauschalen Vorurteilen und Stereotypen entgegenzutreten, lud der Planerladen zum Auftakt einer Veranstaltungsreihe die Bewohner/innen zum Nachbarschaftsforum in das Stadtteilbüro der Integrationsagentur mit dem Thema „Dortmund – Plowdiw: Über die Lebenssituation der Roma in Bulgarien und Deutschland“ ein. Als Referent/innen waren Herr Heuss vom Zentralrat der Sinti und Roma sowie zwei Dortmunder Journalisten eingeladen. Während Frau Kolle und Herr Bandermann von einer Reise im vergangenen Jahr nach Stolipinovo in Bulgarien berichten konnten, hat Herr Heuss lange Jahre selbst in dem Land gearbeitet.



Herr Heuss klärte auf, dass die Sinti eine Untergruppe der europäischen Roma sind. „In Deutschland leben die Sinti, derzeit ca. 80 000, seit Jahrhunderten“, so Heuss. Die Roma aus Bulgarien oder Rumänien, die nach Dortmund zugezogen sind, kommen aus sehr heruntergekommenen benachteiligten Elendsvierteln. Die meisten gehören bildungsfernen Schichten an.

Frau Kolle und Herr Bandermann zeigten Bilder aus Stolipinovo, die gut belegten, in welch unhygienischen und menschenunwürdigen Zuständen die Roma leben müssen. Die bulgarische Lokalbehörde vernachlässigt hier ihre grundlegenden kommunalen Aufgaben wie Straßenreinigung oder Müllentsorgung. „Der Zuzug der Roma in die Nordstadt ist zugleich eine Flucht aus dem Elend und geht nicht konfliktfrei vonstatten“, so Bandermann. Das Zusammenleben wäre dadurch angespannter denn je, stellte Herr Bandermann fest. Die Roma leben in der Nordstadt häufig in den so genannten Problemhäusern, die seit mehreren Jahren von den Eigentümern nicht mehr instand gesetzt wurden und leer standen. Einige davon wurden in den vergangenen Wochen vom Ordnungsamt zwangsgeräumt.



Im Anschluss an die Berichte wurde darüber diskutiert, ob mit dem Zuzug der Roma die Kriminalität gestiegen sei. Dabei warnten einige der Bewohner/innen vor einem latenten Rassismus und der leichtfertigen Zuordnung der Nationalität zu bestimmten Problemen.

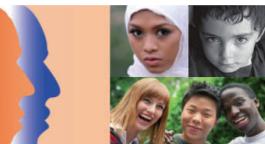
„Kriminalität, Prostitution und Vermüllung gab es in der Nordstadt auch schon vor dem Zuzug der Roma“, berichtete eine der Anwohnerinnen. „Wir haben es hier mit einem sozialen Problem zu tun und nicht mit einem ethnischen!“



Herr Heuss bemerkte, dass nicht alle Roma aus Bulgarien oder Rumänien in Armut leben würden. Roma-Sein könne und dürfe nicht automatisch mit Problemen gleichgesetzt werden. Über Skandalisierungen könne nichts erreicht werden außer Vorurteile zu schüren und Diskriminierung hervorzurufen. Wichtig sei, dass die Verantwortlichen mit den Roma selbst ins Gespräch kommen müssen. „Die Behörden haben viel zu spät reagiert“, so Bandermann.

Frau Kolle fügte hinzu, dass zugleich die Eigentümer mehr in Verantwortung gezogen werden müssten. Die Armut müsse vor Ort bekämpft werden, damit die Lebenssituation der Roma verbessert werden könne. Es gebe Roma-Initiativen, die sich engagierten, aber stärker von den Behörden unterstützt werden müssen. Hilfsgelder der EU kämen nur selten tatsächlich bei den Betroffenen an.

Der Planerladen e.V. plant weitere Veranstaltungen zu diesem Thema. Mit der Banner-Aktion „Blickwechsel“ in der Dortmunder Nordstadt ruft der Planerladen zum Kampf gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit auf. Viele Probleme in der Nordstadt sind hausgemacht und bestehen bereits seit Jahren, und nicht erst seit dem Zuzug der Roma. Sie betreffen Menschen, die aus dem Elend in ihren Heimatländern nach Deutschland – einem der reichsten Länder in Europa – flüchten. Zielführende und passgenaue Konzepte und Angebote seitens der Stadt, Jobcenter und Wohlfahrtsverbände für Zuwanderer und Roma aus Osteuropa sind gefordert, statt den Menschen mit Rassismus und Diskriminierung zu begegnen und sie unter Einsatz von Muskelmännern zu verjagen.



„Zu Wort gekommen“ – Menschen aus Stolipinowo beteiligen sich an der Diskussion bei der vom Planerladen e. V. initiierten Filmvorführung „Im Ghetto“

Vor dem sweetSixteen-Kino herrscht reges Treiben. Eine Gruppe von etwa 30 Zuwanderern diskutiert seit fast einer Stunde intensiv mit den Organisatoren. Viel Frust hat sich aufgestaut bei jenen Menschen, die die neuen Sündenböcke für all die Probleme – Kriminalität, Prostitution und heruntergekommene Häuser – in der Dortmunder Nordstadt zu sein scheinen. Sie kommen aus Bulgarien, die meisten aus dem auch in Dortmund inzwischen schon berüchtigten Viertel Stolipinowo der Stadt Plowdiw.

Mit mehr als 40.000 Einwohnern gehört dieser Stadtteil zu den größten Roma-Siedlungen in Südosteuropa. Sie leben ausgegrenzt und diskriminiert in Armut, haben meist keine beruflichen Perspektiven und sehen ihre letzte Chance in der Auswanderung. Viele aus dieser Siedlung leben in der Dortmunder Nordstadt, die hier traditionell als Eingangstor für Neuzuwanderer gilt, zumindest wenn diese nicht gerade aus akademischen Milieus stammen.



Foto: Planerladen e.V.

Der Dokumentarfilm „Im Ghetto – Die Roma von Stolipinowo“ soll gezeigt werden. Im Anschluss ist eine Diskussion geplant. Dazu haben die Organisatoren der Planerladen e.V. und sweetSixteen-Kino sowie die Unterstützer – die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, die Alevitische Gemeinde NRW, die Auslandsgeellschaft NRW, der Mieterverein Dortmund, Bezent e.V. und Bodo e.V. – den Regisseur Andreas Kraus am 18.07.2011 eingeladen. Dieser zeigt in seinem Film den Alltag der Menschen in Stolipinowo und beschreibt insbesondere das gegenseitige Misstrauen zwischen Roma und Nicht-Roma.

Es ist ein ruhiger Film, der die Menschen zu Wort kommen lässt. Trotz aller Widrigkeiten haben sie stets ein Lächeln im Gesicht und tanzen mal ganz spontan auf der Straße. Dies täuscht jedoch nicht darüber hinweg, dass sie hilflos und apathisch sind gegenüber der Ungerechtigkeit seitens des bulgarischen Staates. Die gemeinsame Ausgrenzung führt nicht unweigerlich zur gemeinsamen Solidarität untereinander.



Foto: Franz Luthe, Westfälische Rundschau

Diese Gruppe aus Stolipinowo wurde von Abbas Dogan (Bezent e.V.) und Tülin Kabis-Staubach (Planerladen e.V.) angesprochen und eingeladen, an der Filmvorführung und der anschließenden Diskussion teilzunehmen. Am Nordmarkt hat es ein Vortreffen mit den Betroffenen gegeben. Alle betonen, dass bisher niemand über ihre Sorgen und Nöten mit ihnen gesprochen hat. Von den laufenden Förderprojekten, deren Zielgruppe sie sind, hätten sie noch nie etwas gehört. Nun sollen sie endlich selbst zu Wort kommen, ihre Sichtweise den Gästen und Nachbarn schildern. Diese Möglichkeit haben sie wahrgenommen.



Eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung stehen sie vor dem Kino und diskutieren mit den Organisatoren. Moderator Sebastian Pütter (Bodo e.V.) verspricht ihnen, dass sie unmittelbar im Anschluss an den Film auf jeden Fall selbst zu Wort kommen werden. Ihre Skepsis weicht schließlich. Sie sehen sich den Film an, ärgern sich zwar über einen Protagonisten im Film, den sie selber kennen, warten aber geduldig, bis sie endlich ihrem Frust freien Lauf lassen können.

Sie reden, erzählen den anderen ca. 120 Gästen, unter welchen Bedingungen sie in Dortmund leben, wie sie von der Polizei schikaniert werden und selbst im gelobten Land Deutschland nicht vor Diskriminierung gefeit sind. Einige von ihnen leben auf der Straße. Eine junge Frau betont, dass sie seit dem Mauerfall und der damit einhergehenden Demokratisierung des ehemaligen kommunistischen Bulgariens immer mehr ins gesellschaftliche Abseits geraten sind. Sie wollen als EU-Bürger nicht auch noch in Deutschland ausgegrenzt werden, wollen nicht, dass sich das bulgarische Trauma in Dortmund wiederholt.



Foto: Franz Luthe, Westfälische Rundschau

Im Rahmen der Podiumsdiskussion geht Tülin Kabis-Staubach kurz auf das Projekt „Blickwechsel – wir sagen NEIN zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit“ ein. Damit zielt der Planerladen e.V. auf eine Versachlichung der Diskussion in der Nordstadt. Tülin Kabis-Staubach hebt hervor, dass viele Probleme in der Nordstadt hausgemacht sind und seit Jahren bestehen. Dies zeige sich nicht zuletzt im Wohnbereich. Die vereinfachenden Schuldzuschreibungen müssten aufhören. Die Ursachen des Elends sollten bekämpft werden, die Verantwortlichen selbst, also die Vermieter als Spekulanten und ausbeutende Arbeitgeber, müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Die Freier, die im Sperrbezirk unterwegs sind, sollten verfolgt und mit saftigen Strafen belegt werden. Einige lokale Akteure seien mit ihrer Wortwahl gegenüber diesen Not leidenden Menschen sehr negativ aufgefallen. An Rat und Hilfe denke anscheinend niemand. Auch die Medien hätten hierbei mitunter eine unrühmliche Rolle gespielt.

Diese Veranstaltung, betont Sebastian Pütter, ist ein Neubeginn; ein erster symbolischer Schritt zum Dialog ist gesetzt worden. Denn erstmals nehmen Betroffene aus Bulgarien selbst teil. Bisher ist über sie gesprochen worden, jetzt kommen sie selbst zu Wort und diskutieren mit. Die Organisatoren versprechen, dass sie die Belange dieser Menschen im Blick behalten und die Kontakte verstetigen werden.

Nach den abschließenden Worten des Moderators bilden sich Grüppchen. Die Betroffenen bedanken sich bei den Organisatoren, dass sie zu Wort kommen konnten und ihre Sorgen und Nöte ernst genommen worden sind. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einer demokratisch verfassten Gesellschaft, möchte man meinen. Weitere Schritte müssen folgen, denn auch diese Menschen sind ein Teil unserer Stadt.



Antikriegstag: Zahlreiche Gegendemonstrationen bieten dem Neonazi-Aufmarsch die Stirn

Teilnehmer der Planerladen-Aktion „Wir sind Dortmund. Nazis sind es nicht.“ beteiligen sich am Protest gegen Neonazis

Am 3. September war es wieder soweit: Anlässlich des Antikriegstages ist eine Gruppe Rechtsradikaler in Dortmund aufmarschiert. Die Dortmunder haben sich wieder mit vielen Aktionen dem entgegengestellt.

Auch Teilnehmer der Planerladen-Aktion „Wir sind Dortmund. Nazis sind es nicht.“ haben friedlich demonstriert und sich für Vielfalt und Respekt eingesetzt. Mit ihren Plakaten haben die einzelnen Einrichtungen gemeinsam in der Nordstadt Farbe bekannt.

Es ist Zeit, Flagge zu zeigen und zu demonstrieren, dass Dortmund eine internationale Stadt ist, die das Fremde ebenso liebt wie den Nächsten und den Unterschied genauso feiert wie die Ähnlichkeit. Der Planerladen e.V. möchte gemeinsam mit den Teilnehmern der Aktion durch das deutliche Bekenntnis gegen die Neonazi-Szene ein kraftvolles Zeichen gegen Rechtsextremismus und Rassismus setzen.



Teilnehmer der Planerladen-Aktion „Wir sind Dortmund. Nazis sind es nicht.“



Friedenstauben bei der Kundgebung des „Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus“